

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Marcus Klein (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Palliativversorgung für den Kreis Kaiserslautern

Die **Kleine Anfrage 3373** vom 11. Mai 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist
  - a) die allgemeine ambulante Palliativversorgung und
  - b) die spezialisierte ambulante Palliativversorgung für den Kreis Kaiserslautern gegeben?
2. Inwieweit entspricht das Angebot dem Bedarf, welche Probleme und Defizite bestehen?
3. Welche Versorgungskapazität durch Palliativstationen gibt es für den Kreis Kaiserslautern?
4. Inwiefern entsprechen die vorhandenen Angebote, ihre Förderung und ihre Versorgungskapazität dem Bedarf?
5. Welche Probleme und Defizite bestehen?
6. Wie viele Palliativstationsplätze (Betten) müssten, bezogen auf die Einwohnerzahl zur wohnortnahen Versorgung, bereitstehen?
7. Wie wird sich die Bedeutung der Palliativversorgung in Zukunft entwickeln, welcher Handlungsbedarf besteht für den Kreis Kaiserslautern?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. Juni 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1. a):

Die allgemeine ambulante Palliativversorgung ist eine Aufgabe der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte und hier insbesondere der Hausärztinnen und Hausärzte. In Rheinland-Pfalz besitzen nach Auskunft der Landesärztekammer niedergelassene Ärztinnen und Ärzte an zwei Orten im Landkreis Kaiserslautern die Zusatzbezeichnung „Palliativmedizin“. Die Anzahl dieser Ärztinnen und Ärzte im Landkreis Kaiserslautern ist der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 1. b):

Der Landkreis Kaiserslautern verfügt noch über kein SAPV-Team.

Zu 2.:

Die Bedarfsplanung im niedergelassenen Bereich ist Aufgabe der Selbstverwaltung. Es gibt keine spezielle Bedarfsplanung für die ambulante Palliativversorgung. Defizite sind der Landesregierung nicht bekannt. Gleichwohl ist in der landesweiten Betrachtung festzustellen, dass die von der Akademie für Ärztliche Fortbildung angebotenen Kurse zur Erlangung der Zusatzbezeichnung „Palliativmedizin“ stets ausgebucht sind, sodass von einem unverändert großen Interesse in der Ärzteschaft an der Palliativmedizin und einem Erwerb der entsprechenden Zusatzbezeichnung auszugehen ist.

b. w.

Zu 3. und 4.:

Mit der Zahl an Palliativstationen und Palliativplätzen liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 22 Betten pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner und im Vergleich der Bundesländer an zweitbesten Stelle<sup>\*)</sup>. Die Landesregierung geht davon aus, dass mit den bestehenden Palliativstationen und ihren Versorgungskapazitäten ein dem Bedarf entsprechendes Angebot geschaffen wurde. Auch sind im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Palliativstationen keine Probleme bekannt.

Der stationäre palliative Behandlungsbedarf des Landkreises Kaiserslautern kann durch den Krankenhausstandort St. Johannis Landstuhl des Nardini-Krankenhauses abgedeckt werden; dieses Krankenhaus verfügt über eine Palliativstation. Darüber hinaus werden schwerstkranke und sterbende Menschen aus dem Landkreis Kaiserslautern auch im Westpfalz-Klinikum in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern betreut, welches über eine hohe onkologische Expertise verfügt.

Zu 5.:

Vor allem besteht die Notwendigkeit, die bestehenden ambulanten Angebote der Hospizversorgung mit den palliativmedizinischen Angeboten zu vernetzen.

Zu 6.:

Legt man den derzeitigen Bundesdurchschnitt von 22 Palliativplätzen pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner<sup>\*)</sup> zugrunde, so müsste es für den Landkreis Kaiserslautern zwei Palliativbetten geben. Mit den dort ausgewiesenen sechs Palliativbetten wird dieser Bedarf abgedeckt.

Zu 7.:

Aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der Zunahme onkologischer Erkrankungen kann von einem steigenden Bedarf an Palliativversorgung ausgegangen werden. Die vorhandenen Angebote in Aus-, Weiter- und Fortbildung müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin

---

<sup>\*)</sup> Quelle: Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin; Daten beruhen auf eigenen Angaben der Träger von stationären Hospizen und Palliativstationen.